

Wolfenbüttel darf nicht Wien werden!

Eine Gratulation aus Wien mit ein paar ungeordneten Gedanken aus gegebenem Anlass von Michael Wimmer/EDUCULT

Jubiläen sind traditionell ein Grund zum Feiern. Sie bieten eine gute Gelegenheit, das Positive des eigenen Tuns herauszustreichen und sich über die erreichten Erfolge zu freuen. Geht es nach diesen, dann haben alle, die zum Gelingen der Akademie Wolfenbüttel beigetragen haben, jeden Grund, auf den bisherigen Verlauf ihrer Einrichtung stolz zu sein. Und so freuen wir uns, Ihnen über die Grenzen hinweg gratulieren und auch für die nächsten 25 Jahre alles Gute wünschen zu dürfen.

Folgt man dem Leitbild der Akademie Wolfenbüttel, dann steht sie für die Weiterentwicklung kultureller Bildung in der Gesellschaft, um dabei „neue Erkenntnis- und Handlungsperspektiven aktiv zu erschließen“. Sie ist eine Facheinrichtung, die mit ihrem Diskursangebot Lernen ermöglicht und sich zugleich als eine permanent lernende Organisation begreift, die – wie sie selbst es ausdrückt – „Impulse aus der aktuellen ästhetischen Praxis zu erspüren“ vermag, um diese an Interessierte weiter geben zu können.

Diese Selbstbeschreibung ermutigt mich, aus spezifisch österreichischer Sicht einen besonderen Impuls anzusprechen. Dieser könnte vor allem im Zusammenhang mit dem öffentlichen kultur- und bildungspolitischen Auftrag der Akademie intensiver verhandelt werden. Denn Grund zu Feiern gibt es derzeit leider auch für andere: Hierzulande errang unlängst die rechtspopulistische Freiheitliche Partei Österreichs ihren fulminanten Wahlsieg bei den Landtags- und Gemeinderatswahlen in Wien. Besonders junge Männer mit niedrigem Bildungsabschluss fühlten sich von diesem politischen Angebot in einem Ausmaß wie nie zuvor angesprochen, sodass diese Partei zumindest in einigen Bezirken bereits knapp an der Mehrheit vorbeischrämte.

Die Ziele der FPÖ bestehen in der Kulturalisierung sozialer Konflikte. In Slogans wie „Wien darf nicht Chicago werden!“ drückt sie ihre Absicht aus, unterschiedliche soziale Gruppen entlang ihrer kulturellen Besonderheiten gegeneinander auszuspielen und daraus politisches Kapital zu schlagen. Da ist es nur konsequent, dass es diese Partei in besonderer Weise versteht, sich in ihrer Wahlwerbung einer ästhetischen Sprache zu bedienen, die bei ihren Zielgruppen unmittelbare Wirkungen erzielt. Sie spielt dabei virtuos auf unterschiedlichen medialen Klavieren, bot da ein „Minarett-Spiel“ mit rassistischen Inhalten im Internet an, versendete dort einen Comic über eine erneut drohende Türkenbelagerung von Wien an junge WienerInnen oder ließ bei Wahlveranstaltungen Rockmusik aus der rechtsradikalen Szene aufspielen.

Darüber hinaus aber gab sich die FPÖ ganz seriös, etwa mit der Forderung nach einer Verbesserung der musikalischen Bildung. Mit Zitaten des Dirigenten Nikolaus Harnoncourt (auch wenn der mit dieser Einvernahme nur wenig Freude haben mag) versuchte sie sich im traditionellen Feld der kulturellen Bildung auch bei Wiener BildungsbürgerInnen zu positionieren. Das Vorenthalten einer musikalischen Ausbildung bezeichnete sie dabei als Verbrechen und forderte in Postwurfsendungen der Ausbau städtischer Musikschulen.

Der Erfolg kann sich sehen lassen: Während die Sozialdemokratie ihre absolute Mehrheit verlor, erzielte die Freiheitliche Partei im Herzen der „Kulturgroßmacht Österreich“ einen Stimmenanteil von rund 27%. Zur gleichen Zeit kassierten die Konservativen als traditionelle Repräsentanten des klassischen Bildungsbürgertums mit nur mehr rund 13% eine „furchtbare Watschn“ und auch die Grünen hatten Einbußen bei der Wählerzustimmung hinzunehmen. Was offenbar zählte, waren ästhetisch aufbereitete Botschaften, um bei der wachsenden Zahl der verunsicherten Krisenverlierer noch einmal kulturelle Homogenitätsphantasien zu wecken, die sich aus dem Raisonement gegen alles Fremde lukrieren lassen.

Und so haben wir jetzt ein Problem: Immerhin ist dieser Wahlsieg vor dem Hintergrund einer erfreulichen Hinwendung der offiziellen Kultur- und Bildungspolitik zur Verbreitung und Intensivierung kultureller Bildungsmaßnahmen zu sehen, die in den letzten Jahren auch Österreich erfasst hat. Die Grundannahme dieses „Arts Education Turns“ beruht auf der Hoffnung, kulturelle Bildung wäre in besonderer Weise in der Lage, einen Beitrag zu sozialer Integration, darüber hinaus zu interkulturellem Dialog zu leisten, in der Hoffnung, damit die Kohäsionskräfte der vielfältig zusammen gesetzten lokalen und regionalen Gemeinwesen zu stärken. Das ist aber ganz offensichtlich – wie der Wahlausgang zeigt – nur die eine Seite der kulturellen Medaille. Die andere, oft gerne vernachlässigte Seite, mit der wir es hier zu tun haben, macht deutlich, dass sich die Beschäftigung mit Kultur zumindest ebenso für exkludierende, auf soziale Desintegration gerichtete Zwecke instrumentalisieren lässt.

Und so ist das Beispiel Wien nur ein – möglicherweise besonders drastischer – Fall einer Entwicklung, die dazu führt, dass einerseits eine Hausse kultureller Bildung in vielen europäischen Ländern zu verzeichnen ist, der andererseits ein Bedeutungszuwachs rechtspopulistischer und rechtsradikaler Bewegungen, die zunehmend die (kultur-)politische Agenda bestimmen, gegenübersteht. Daraus auf einen unmittelbaren Zusammenhang zu schließen, wäre verfrüht. Und doch lohnt ein Blick in die Geschichte: Die besondere Bedeutung kultureller Bildung gerade in anti-demokratischen und totalitären Regimes sollte uns nachdenklich machen.

In den Analysen zur Wiener Wahl wurde immer wieder darauf hingewiesen, dass sich hinter dem Wahlerfolg der FPÖ ein, von den wachsenden Krisenerscheinungen zunehmend verunsichertes Kleinbürgertum verbirgt. Ihrem Status als „Underdog“ eben erst entkommen, sehen sich ihre VetreterInnen knapp vor dem existentiellen Abgrund und erweisen sich in diesem Zustand in besonderer Weise bedürftig, sich gegen andere, in der gesellschaftlichen Hackordnung unter ihnen angesiedelten sozialen Gruppen abzugrenzen. Das waren noch vor hundert Jahren die „Proleten“, in deren Rolle heute die „Zuwanderer“ gedrängt werden, gegen die es gilt, auf einer eigenen, in jedem Fall als besser imaginierten „kulturellen Identität“ zu beharren.

Vor diesem Hintergrund könnten wir uns daran erinnern, dass kulturelle Bildung seit ihren institutionellen Anfängen die Begleitmusik für den politischen Machtanspruch eines mittelständigen Bürgertums in der kapitalistischen Konkurrenzgesellschaft abgegeben hat. Entsprechend lässt sich die aktuelle Renaissance dieses Genres auch als nochmaliger Versuch der sozialen Selbstversicherung mit dem bewährten Instrumentarium kultureller Bildung interpretieren, deren Träger den zunehmend

verzweifelten Versuch unternehmen, ihr mittelständiges Reservat zu retten und gegen die neuen politischen, sozialen, ökonomischen und wohl auch kulturellen Verhältnisse zu verteidigen.

Unter diesem kulturellen Überlebenskampf des von allen Seiten bedrohten Mittelstandes aber brodelt es. Der Krisenverlierer werden immer mehr. Die soziale Ungleichheit wächst. Die Leidtragenden werden gerne zu „bildungsfernen Schichten“ stigmatisiert, wohl um eine Entschuldigung dafür zu finden, warum sie sich durch das überkommene Repertoire kultureller Bildungsmaßnahmen immer weniger angesprochen fühlen. Und so wählen diese statt einem Theaterbesuch lieber „Unterschicht-TV“ und besuchen eher ein FPÖ-Clubbing, auf dem der Parteiführer als jugendlicher strahlender Held auftritt, als eines der Bundesmuseen, obwohl diese neuerdings für Jugendliche gratis sind.

Die Wahlen in Wien haben deutlich gemacht, dass sich da etwas auseinander entwickelt, mehr, dass hier soziales Auseinanderdriften in durchaus kulturelle Bildungsabsicht geschürt wird. Die VertreterInnen kultureller Bildung haben es bislang – bis auf wenige Ausnahmen – weitgehend vermieden, hinter der Monstranz eines nebulösen Allgemeinanspruchs („Kulturelle Bildung für alle“) auch einen fokussierten Blick auf die politische Brisanz der eigenen Arbeit zu richten. Entsprechend unreflektiert blieben die Ergebnisse in Bezug auf ihre politischen Konsequenzen. Dabei sollten wir uns – so mein Impuls – die Entscheidung, in welcher Form die Ergebnisse kultureller Bildungsbemühungen politisch genutzt werden, nicht aus der Hand schlagen lassen.

Voraussetzung dafür aber wäre die Erarbeitung einer politischen Theorie kultureller Bildung, die sich auf der Höhe der aktuellen sozialen und kulturellen Entwicklung weiß. Aus ihr könnten Entscheidungshilfen erwachsen, um herauszufinden, ob Maßnahmen bloß gut gemeint oder anschlussfähig sind an die konkreten gesellschaftlichen Bedingungen, die allesamt auf eine Verschärfung der sozialen, politischen, in jedem Fall zunehmend ästhetisch kodierten bzw. kulturell überformten Konflikte hindeuten.

Es ist ein Privileg, über diese Probleme auch in Zukunft mit den AkteurInnen der Akademie Wolfenbüttel nachdenken zu dürfen und daraus eine neue Generation von Maßnahmen zu entwickeln. Die Qualität dieser Beschäftigung wird über die Relevanz des kulturellen Bildungssektors entscheiden. Aufgrund der bisher geleisteten Arbeit bin ich zuversichtlich, dass sich das Haus der Herausforderung einer janusköpfigen Kulturarbeit zu stellen vermag und wünsche zumindest für die nächsten 25 Jahre viel Erfolg!